

FreiBrief aus Berlin

Juni 2018



THORSTEN FREI.

www.thorsten-frei.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 25. Mai 2018 sind die Regelungen der EU zum Schutz personenbezogener Daten in Kraft getreten. Die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) hat zum Ziel, einen angemessenen Ausgleich zwischen den mit der Datennutzung verbundenen Risiken für die Privatsphäre einerseits und den Chancen der digitalen Revolution andererseits zu schaffen. Daten sind – bedingt durch die Digitalisierung – der Rohstoff der Zukunft, deshalb müssen wir einen geeigneten Rahmen schaffen. Mir ist vollkommen klar, dass die Neuerungen gerade auch für unsere heimische Wirtschaft und unsere Vereine viel Bürokratie und Fleißarbeit mit sich bringen wird. Es wird ebenso darauf ankommen, notwendige Anpassungen zu gegebener Zeit vorzunehmen.

Hinsichtlich meiner Homepage und meines Newsletters verweise ich auf die **Datenschutzerklärung** auf meiner Homepage. Diese finden Sie unter folgendem Link: <http://thorsten-frei.de/meta/impressum-datenschutz/>. Sofern Sie meinen Newsletter "FreiBrief aus Berlin" erhalten möchten, bitte ich Sie, mir eine kurze E-Mail an thorsten.frei@bundestag.de zu schreiben. Mit Ihrer Anmeldung willigen Sie im Sinne der DSGVO ein, dass ich Ihnen künftig den Informationsbrief zusenden darf. Ihre Einwilligung in den Versand ist jederzeit widerruflich. Sofern Sie Fragen haben, stehen Ihnen meine Mitarbeiter und ich jederzeit zur Verfügung.

Herzlichst

Nur mit Geld wird Deutschland seiner Verantwortung in der Welt nicht gerecht

In der vergangenen Sitzungswoche hatte ich zum ersten Mal die Gelegenheit, im Rahmen der Haushaltsberatungen für meine Fraktion zu reden – genauer gesagt in der Debatte über den Etat des Auswärtigen Amtes. Dabei betonte ich, dass sich die Welt in den vergangenen Jahren fundamental verändert hat und dass in diesem Zusammenhang bereits im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 unter anderem der damalige Bundespräsident Joachim Gauck forderte, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müsse. Aus damaliger Sicht wurde viel über die Notwendigkeit dieser Forderung diskutiert. Leider haben die Annexion der Krim wenig später sowie die enge Taktung internationaler Krisen in der Folge unterstrichen, dass Deutschland ein fundamentales Interesse daran haben muss, sich stärker für Frieden und Stabilität einzusetzen. Diese Notwendigkeit wird auch durch die Tatsache verstärkt, dass sich die USA immer mehr aus der weltpolitischen Verantwortung zurückziehen und im gleichen Atemzug Länder wie der Iran, Russland oder die Türkei versuchen, dieses Vakuum zu füllen. Wir haben als Exportweltmeister ein konkretes Interesse an Frieden als Voraussetzung für den freien Welthandel, genau wie wir ein Interesse daran haben, dass es weniger Migrationsströme gibt. Deshalb ist es richtig, dass wir uns stärker außenpolitisch engagieren. Beim Abgleich von Anspruch und Wirklichkeit sehen wir jedoch ein zweigeteiltes Bild. Beim Geld sind wir groß, beim Personal leider klein. Zwar ist Deutschland der viertgrößte Geber der Vereinten Nationen und im humanitären Bereich sogar die Nummer zwei. Das lässt sich ganz konkret an der Entwicklung des Einzelplans 5 ablesen. Die Mittel für humanitäre Hilfe sind von 2004 bis zum Jahr 2018 um das 30-fache auf 1,5 Mrd. EUR angewachsen. Aber nur mit Geld allein kann man die Probleme in unserer Nachbarschaft eben auch nicht lösen. Wir müssen in Deutschland und auch im europäischen Rahmen mehr Experten für Krisen identifizieren und entsenden. Nur mit einem deutlich größeren Personaleinsatz werden wir dort etwas zu unseren Gunsten erreichen können. Für zivile Missionen der EU schaffen wir es heute gerade einmal, 75 % der Stellen zu besetzen. In Deutschland gibt es ähnliche Defizite. Hier müssen wir ansetzen.

Thorsten Frei führt Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages



Die Schweiz ist für uns in Baden-Württemberg nicht nur Nachbar und Partner. Uns verbinden eine lange Geschichte und gemeinsame kulturelle Wurzeln. Mit keinem Nachbarn führen wir tiefere wirtschaftliche und gesellschaftliche Beziehungen. Deshalb freue ich mich sehr, dass ich die Führung der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe in der laufenden Legislaturperiode wahrnehmen kann. Ich bin froh, dass wir als CDU Baden-Württemberg erneut den Vorsitz der Freundschaftsgruppe mit der Schweiz erringen konnten und somit wichtige Impulse für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den gesellschaftlichen Austausch setzen können. Schließlich ist das Interesse an der Schweiz und an guten Beziehungen zu unserem südlichen Nachbarn im Bundestag enorm groß, was sich an deutlich mehr als 50 Mitgliedern eindrucksvoll ablesen lässt. Mir ist es wichtig, dass wir bei unserer Arbeit und bei unseren Treffen mit unseren Kollegen aus der Schweiz, aber auch mit schweizerischen Unternehmen und Vertretern der dortigen Zivilgesellschaft neben dem notwendigen Dialog zu schwierigen Themen vor allem auch die gemeinsamen Interessen und Chancen einer vertieften Zusammenarbeit betonen. Gemeinsame Werte und Interessen sind in einem schwieriger werdenden globalen Umfeld für beide Seiten von unschätzbarem Wert. Die Nachricht zu meiner neuen Aufgabe überbrachte ich in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages persönlich an die scheidende Schweizer Botschafterin in Berlin, Christine Schraner Burgener, der ich zum Abschied für ihre fordernde, schwere und zugleich spannende Aufgabe als Sondergesandte der Vereinten Nationen für die Belange der Flüchtlinge in Myanmar alles Gute wünschte.

Thorsten Frei als Obmann der Union im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention“ bestätigt



Im Beisein des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Norbert Röttgen, wurde in der letzten Sitzungswoche der Unterausschuss „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ konstituiert, dem ich als einer von drei Unions-Abgeordneten wie auch schon in der abgelaufenen Legislaturperiode als Obmann bzw. Sprecher angehören werde. Damit gestalte ich die Sitzungen des Unterausschusses als Vertreter der größten Fraktion im Bundestag sowohl inhaltlich, als auch organisatorisch maßgeblich mit. Ich freue mich sehr, dass ich meine Arbeit im Unterausschuss fortsetzen kann und dass mir die Kollegen erneut ihr Vertrauen als Obmann ausgesprochen haben. Mir hat die Arbeit in den vergangenen Jahren sehr viel Spaß gemacht, zumal die vielfältigen Themen rund um Krisenprävention und -beilegung – zu nennen sind beispielsweise State Building, Good Governance, Internationale Polizeimissionen oder das vernetzte Wirken außenpolitischer Instrumente – spätestens seit der Flüchtlingskrise des Jahres 2015 unter dem Stichwort Fluchtursachenbekämpfung Hochkonjunktur haben. Ich bin überzeugt, dass wir wie auch in der vergangenen Legislaturperiode einige wichtige Impulse zum Thema gegenüber der Bundesregierung setzen und lebhaft Debatten im Bundestag initiieren werden können.

Thorsten Frei trifft tunesischen Staatspräsidenten Béji Caid Essebsi

Anfang Mai war ich für zwei Tage zu politischen Gesprächen in Tunis. Im Zentrum der Reise stand eine Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung, bei der sich die Auslandsmitarbeiter aus dem Maghreb, dem Nahen Osten und von der arabischen Halbinsel trafen,

um die schwierige politische Situation in der Gesamtregion zu analysieren und Handlungsempfehlungen für die deutsche Politik zu erarbeiten. Daneben traf ich den tunesischen Staatspräsidenten Béji Caid Essebsi.



Im Gespräch mit Staatspräsident Essebsi unterstrich ich, dass sich Tunesien in vielen Belangen demokratisch entwickelt habe. Aus meiner Sicht braucht es künftig vor allem mehr Anstrengungen beim Aufbau von funktionierenden Verwaltungsstrukturen, eine lebendigere Zivilgesellschaft und die Förderung eines Parteienwettbewerbs. Darüber hinaus unterstrich ich das Interesse Deutschlands an einer noch engeren Zusammenarbeit in Migrationsfragen; zum einen, um kriminelle Asylbewerber aus dem Maghreb besser und schneller zurückzuführen, zum anderen um den Transit von Waffen, Drogen und Menschen vorrangig aus Westafrika weiter zu erschweren und einzudämmen. Die Maghreb-Staaten sind wegen ihrer geografischen Lage am südlichen Rand des Mittelmeeres und der Nähe zu Europa wichtige Partner, das zeigt sich nicht zuletzt auch an der Einbindung der Nachbarschaftsprogramme der EU. Deshalb unterstützen wir sie, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, bei den notwendigen wirtschaftlichen und politischen Transformationsprozessen. Wir wollen die Maghreb-Staaten schrittweise weiter in den europäischen Wirtschaftsraum integrieren.

Bad Dürrheimer Realschüler und Waldorfschüler aus Schweningen zu Besuch im Reichstag



Im Mai besuchten mich 29 Schülerinnen und Schüler der Realschule Bad Dürkheim, um nach den abgeschlossenen Prüfungen einen wichtigen Lebensabschnitt mit einem guten Mix aus Bildung und Freizeit ausklingen zu lassen. Begleitet von ihrer Klassenlehrerin, Frau Bisser-Werner, und Herrn Fehrenbacher als zusätzlichem Begleitlehrer war die Klasse eine ganze Woche im Rahmen ihrer Abschlussfahrt in der Bundeshauptstadt. In derselben Woche war die 10. Klasse der Rudolf-Steiner-Schule im Rahmen einer Exkursion in Berlin. Beim Treffen mit den Schwenninger Schülern im Bundestag setzte ich den Dialog mit der Schule nach einem Besuch in Schwenningen im vergangenen Sommer fort, wobei die gastgebenden Schüler von damals derzeit die ausklingenden Abiturprüfungen zu absolvieren haben und nicht die Eindrücke im sommerlichen Berlin genießen konnten. In den Gesprächen berichtete ich den Schülern von meiner Arbeit und meinen Aufgaben im Deutschen Bundestag, von der Funktionsweise des Parlaments sowie den aktuellen politischen Debatten. Im Anschluss daran löcherten mich die sehr gut vorbereiteten Schüler jeweils zur Asyl- und Einwanderungspolitik, zur Abrüstung und nuklearen Bedrohungen, zum aktuell im Bundestag debattierten Bundeshaushalt und natürlich durften auch Fragen zur Bildungs- sowie Familienpolitik nicht fehlen. Neben dem politischen Programm im Bundestag standen für beide Schülergruppen viele weitere interessante Berliner Sehenswürdigkeiten wie der Besuch des Holocaust Mahnmals, eine Stippvisite beim Bundesnachrichtendienst, Madame Tussauds, das Brandenburger Tor oder das DDR-Museum auf dem Programm.

Beitrittsverhandlungen mit Albanien nur mit Konditionen



Die EU-Beitrittsperspektive Albaniens ist derzeit nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern überall in Europa Gegenstand von Diskussionen. In Berlin lud dazu vor kurzem die Südosteuropa-Gesellschaft zu einer Podiumsdiskussion mit Politikern und Experten. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, ob im Juni 2018 EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien

aufgenommen werden sollten, so wie es die EU-Kommission Anfang April mit der Veröffentlichung des Fortschrittsberichts für Albanien vorgeschlagen hat. Neben mir waren unter anderem die Botschafterin der Europäischen Union in Albanien, Romana Vlahutin, und Staatsminister Michael Roth präsent. Moderiert wurde die gut besuchte Veranstaltung vom renommierten FAZ-Journalisten Michael Martens, der sich seit gut 20 Jahren mit den Entwicklungen in dem kleinen Adria-Anrainer befasst. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien müssen alle Mitgliedstaaten der EU in einem ersten Schritt zunächst einstimmig befürworten. In Deutschland bedarf es dazu der Befassung durch den Deutschen Bundestag, der seine Empfehlung für oder wider die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gegenüber der Bundesregierung ausspricht. Klar ist aber, dass der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen kein Automatismus für den Beitritt folgt. Vielmehr sind sie eine große Chance, um die bisherigen Reform- und Annäherungsprozesse mit einer neuen Dynamik auszustatten. Aber erst, wenn alle Rechtsstaats- und sonstigen Kriterien erfüllt sind, kann aus meiner Sicht ein Beitritt erfolgen. Albanien hat in den vergangenen Jahre große Fortschritte gemacht. Viele wichtige Dinge sind auf den Weg gebracht worden. Beispielslos ist die intensive Justizreform in Form der Vetting-Prozesse, die eine Überprüfung aller Richter und Staatsanwälte – und neuerdings auch aller Polizisten – in Albanien nach sich zieht. Andererseits ist es aber auch so, dass Rechtstaatlichkeit ein unverhandelbarer Grundpfeiler der Europäischen Union, genau wie die Bekämpfung von Korruption und der organisierten Kriminalität unverzichtbare Voraussetzungen für die Aufnahme in die EU seien. Wenn bei 800 zu überprüfenden Richtern und Staatsanwälten nur eine Hand voll Verfahren abgeschlossen sind, dann ist das ein Anfang, aber noch zu wenig, um tatsächlich etwas über die vollständige Implementierung rechtsstaatlicher Prozesse sagen zu können. Ich bin überzeugt, dass es auf der Grundlage von bereits gemachten Fortschritten und im Angesicht von Voraussetzungen, die noch nicht den gewünschten Erfüllungsstand aufweisen, eine Beitrittsperspektive geben sollte, die aber an ganz konkrete Voraussetzungen geknüpft sein sollte. Europa und Deutschland haben ein Interesse daran, dass es für Albanien, und für die anderen Länder des westlichen Balkans eine Beitrittsperspektive in die EU gibt. Wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, dann ist ein Anspruch gerechtfertigt. Neben der Justizreform ge-

hört für mich eine Wahlrechtsreform, die den Empfehlungen der OSZE und der Venedig-Kommission entspricht, zu diesen unumgänglichen Voraussetzungen.

Praktika von Anna Maria Lindner und Moritz Wittmann aus Villingen-Schwenningen



Auch jüngst konnten mich mit Anna Maria Lindner und Moritz Wittmann wieder zwei politisch interessierte junge Menschen aus meinem Wahlkreis bei meiner Arbeit im Deutschen Bundestag im Rahmen eines Orientierungspraktikums begleiten. Die beiden aus Villingen-Schwenningen stammenden Praktikanten konnten bei zahlreichen Gremiensitzungen der Unionsfraktion, bei Plenardebatten und persönlichen Gesprächen zu meinen Themen einen vertieften Einblick von meinen Aufgaben und der Wirkweise des Berliner Politikbetriebes gewinnen. Wenn auch Sie Interesse an einem solchen Praktikum haben, können Sie sich jederzeit vertrauensvoll an meine Mitarbeiter im Bundestagsbüro wenden.

Bundespolitik bei Donaueschinger Rotariern

Regelmäßig bin ich auch bei den Service-Clubs des Wahlkreises unterwegs, um über die aktuelle Bundespolitik zu sprechen – diesmal beim Rotary Club Donaueschingen. Dabei war vor allem von Interesse, wie die Arbeit der Koalition in Berlin nach der langen Regierungsbildung angelaufen ist. Vor diesem Hintergrund habe ich versucht, die „langen Linien“ der Innenpolitik zu zeichnen und deutlich zu machen, wie wir uns vorstellen, die Herausforderungen etwa des demographischen Wandels im Bereich der Renten-, Gesundheits- und Sozialpolitik zu bewältigen. Auch die Probleme von Flucht und Migration, des Fachkräftemangels und einer innovationsgetriebenen Wirtschaftspolitik hat in der Diskussion eine große Rolle gespielt.

Vier Millionen vom Bund fließen in Städtebauförderung



Vier Millionen Euro und damit rund zwei Millionen mehr als in einem Jahr üblich flossen 2017 in die Kommunen in meinem Wahlkreis. Von den Zahlungen profitieren Bad Dürkheim, Donaueschingen, Furtwangen, Gütenbach, Hausach, Hornberg, Königfeld, Oberwolfach, St. Georgen, Triberg, Tuningen, Unterkirnach und Villingen-Schwenningen, Vöhrenbach und Wolfach. Zum „Tag der Städtebauförderung“ am 5. Mai freute ich mich, dass die Kommunen meinem Appell aus dem Vorjahr, die Chance einer städtebaulichen Förderung zu nutzen, folgten.

In der Diskussion mit Schülern am EU-Projekttag



Schüler erleben heute Europa anders als die Schülergeneration zuvor. Sie sind mit dem Euro aufgewachsen oder reisen in die Nachbarländer ohne die einst lästigen Warteschlangen an den Grenzen. Und dass Deutschland als exportorientierte Industrienation besonders vom Handel ohne Zollschranken profitiert, ist für sie nichts Neues. Entsprechend positiv berichten jüngst etwa „Die Welt“ und die „Berliner Zeitung“ von einem „neuen Europeagefühl“ nach Umfragen, bei denen vor allem bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Zustimmung zur EU deutlich gewachsen ist. Diesen Eindruck habe auch ich bei meinem Ge-

spräch mit Schülern der Jahrgangsstufe 10 am Donauschinger Fürstenberg-Gymnasium am Freitagmorgen gewonnen. Anlass für die Politikstunde mit mir war der EU-Projekttag an deutschen Schulen. Die Diskussion der Klasse von Frauke Jürgensen beschränkte sich nach einem Kurzporträt aber nicht nur auf Europa-Themen. Alle Krisen in der Welt interessierten.

Großes Lob für Bräunlinger Unternehmer



Rund 14.000 Besucher erlebten die Neuauflage der Gewerbeschau in Bräunlingen. Zum Auftakt dankte ich den knapp 50 ausstellenden Betrieben und der Stadt als Organisatorin für ihr Schaufenster der lokalen Wirtschaft: Die Leistungsschau ist ein Abbild der Wirtschaftslokomotive Bräunlingen. Kaum eine andere Stadt dieser Größe in der Region bietet mit rund 5.700 Einwohnern über 2.500 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in 269 Betrieben! Ich lobte den Mittelstand für die eingangs von Bürgermeister Micha Bächle angesprochene Investitionsbereitschaft: Der Mittelstand ist nicht nur Rückgrat der Wirtschaft, sondern der Gesellschaft.

Auf Tour mit Gemeinderat Oberwolfach



Politischer Austausch mal anders: Der Gemeinderat von Oberwolfach um Bürgermeister Matthias Bauernfeind hatte an einem Sonntag ihre Abgeordneten zu einem Infoprühstück und einer Wanderung auf dem neu angelegten "Guck a mol Wegle" rund um die beiden Teilgemeinden Kirche und Walke eingeladen. Themen waren unter anderem die Versorgung im

Ländlichen Raum, das schnelle Internet, das noch etwas auf sich warten lässt, sowie der Tourismus, der unter anderem mit dem neuen Wanderweg mehr Gäste ins idyllische Wolfstal in der Naturparkregion angekurbelt wird.

Bericht aus Berlin bei der CDU in Unterkirnach



Die Zeit der Koalitionsverhandlungen und die Regierungsbildung waren Schwerpunkte des „Berichts aus Berlin“ bei der Mitgliederversammlung des CDU-Gemeindeverbands Unterkirnach. Nun gilt es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, damit sich der Aufschwung fortsetzt. Die gute Konjunktur hat aber auch ihre Grenzen durch den Arbeitskräftemangel. Viele Arbeiten können daher nicht erledigt werden. Ein in manchen Berufen höheres Renteneintrittsalter und eine kontrollierte Zuwanderung sind zwei Stellenschrauben, um dem Mangel gegenzusteuern. Diese Korrekturen allein sicher den Wohlstand in Deutschland aber nicht. Als Exportnation, die mehr als die Hälfte im Ausland verdient, müssen wir für Stabilität sorgen. Jüngste Protektionismus-Bestrebungen schaden niemandem mehr als uns. Zur Stabilität gehört aber auch Sicherheit und dafür steht eine gut ausgestattete Bundeswehr.

Richtfest für die Standortschießanlage in Donaueschingen



Als Zukunftsversicherung für den Standort Donaueschingen bezeichnete ich die Bundeswehr-Standortschießanlage, für die im Mai Richtfest gefeiert wurde.

Ich freue mich, dass der Bund rund 25 Millionen Euro in die Anlage investiert. Noch als Oberbürgermeister der Stadt habe ich mich für diese zum Erhalt der Stadtkaserne eingesetzt. Die Schießanlage gewährt eine gute Ausbildung der Soldatinnen und Soldaten des Jägerbataillons 292, die sie für ihre Auslandseinsätze, etwa in Mali oder derzeit in 350-Mann-Stärke in Litauen, brauchen. Die Landes- und Bündnisverteidigung bleibt – entsprechend wichtig ist die Ausbildung. Und: Wir benötigen die bestmögliche Sicherheit. Über 70 Jahre in Frieden leben ist mit Blick auf die Geschichte keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen dafür sorgen, dass dies in Zukunft so bleibt.

Applaus für die Stadtkapelle Furtwangen



150 Jahre Stadtkapelle Furtwangen – Mit einem mehrtägigen Musikfest und einem Festumzug am Sonntag, bei dem ich den aufspielenden Kapellen zusammen mit vielen weiteren Festgästen applaudierte, wurde das Jubiläum im Bregtal gebührend gefeiert. Die Stadtkapelle ist nicht nur die höchstgelegene Stadtkapelle Deutschlands, sie zeichnet sich auch durch ihren großen Zusammenhalt aus, sonst wäre ein solches Jubiläumsprogramm personell nicht zu stemmen. Musik verbindet Menschen – ganz gleich, aus welchem Land sie kommen und welche Sprache sie sprechen. Diese Kraft der Musik führt Tausende bei diesem schönen Fest zusammen. Schön zu beobachten ist, dass Blasmusik so viele junge Menschen begeistert. Die Musikvereine haben es verstanden, mit der Zeit und neue Wege zu gehen. Damit hat man sich eine große Zuhörerschaft erschließen können und Nachwuchssorgen vorgebeugt.

Nächste Sprechstunden – analog und digital – am 19. Juni 2018



Meine nächste Bürgersprechstunde führe ich am 19. Juni 2018, ab 15.00 Uhr in meinem Wahlkreisbüro, Justinus-Kerner-Straße 5 in Villingen-Schwenningen, durch. Um Wartezeiten zu vermeiden, bitte ich um vorherige Anmeldung unter Tel. 07721 / 9953544.

Zudem führe ich am gleichen Tag um 17.30 Uhr meine nächste Online-Bürgersprechstunde bei Facebook durch. Ich freue mich auf viele Fragen und Anregungen der User.

Alle Termine meiner Bürgersprechstunden in diesem Jahr finden Sie auch auf meiner Homepage ([hier](#)).



Besuchen Sie meinen YouTube-Kanal. Dort finden Sie Reden und Wochenrückblicke.



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: ThorstenFreiCDU
YouTube-Kanal: Thorsten Frei